

Bezahlbare Wohnungen her!



Bezahlbare Miete statt fetter Rendite!

Das Menschenrecht auf Wohnen den Spekulanten entziehen

Nach der Finanzkrise und angesichts niedriger Zinsen in anderen „Anlagebereichen“ suchen internationale Immobilienfonds und Finanzkonzerne nach neuen Renditemöglichkeiten, gerade auch in Düsseldorf: Wohnen! Große „Player“ der Immobilienbranche wie Vonovia, Deutsche Wohnen und LEG kaufen Miet Häuser und »modernisieren« die Mieter heraus: Die Bestandsmieten steigen, bei Neuvermietung oder Umwandlung in Eigentumswohnungen winken fette Profite.

Auch in unserer Stadt wird es selbst für Menschen mit mittlerem Einkommen immer schwieriger, die steigenden Mieten zu bezahlen. Die Wohnkostenbelastung liegt für 40 Prozent der Haushalte im Durchschnitt bei mehr als 30 Prozent des Einkommens. Dieser Entwicklung können Arme, Studierende, Menschen mit geringem Einkommen, Rentnerinnen und Rentner nicht mehr standhalten.

Wer seine Miete, z.B. nach „Sanierung“ nicht mehr bezahlen kann, wird faktisch aus seiner Wohnung verdrängt. Die Angst, sich keine Wohnung mehr leisten zu können, verunsichert viele Menschen existenziell.

Die attraktiven Ecken der Stadtteile

werden ausgeguckt: Grafental, Belsen-Park, Andreasquartier, Grand Central, Glasmacherviertel, die Liste ließe sich noch lang fortsetzen. Unsere Stadtteile verändern sich, gefühlt sind sie mehr und mehr den Gutverdienenden und den Reichen vorbehalten.

Bezahlbares Wohnen ist öffentliche Aufgabe!

Die „Mietpreisbremse“ bleibt wirkungslos. Sie ist nicht dazu gemacht, die Explosion der Mieten zu stoppen. Viele Mieter fühlen sich schlicht zur Ausplünderung freigegeben.

Der Bestand an Sozialwohnungen ist bundesweit in den letzten 30 Jahren von rund 4 Millionen auf 1,25 Millionen zusammengeschrumpft. Es fehlen mindestens 4 Millionen Sozialwohnungen, davon in Düsseldorf mehr als 70.000.

Die Krise auf dem Wohnungsmarkt braucht entschlossene und schnell wirksame Instrumente, um überhöhte Mieten zu senken und Höchstmieten festzulegen.

DIE LINKE stellt die Interessen der Mieterinnen und Mieter in den Mittelpunkt. Wir unterstützen Mieterinnen und Mieter, die sich gegen Mietwucher und Verdrängung wehren! In den meisten Städten gibt es inzwischen zahl-

reiche Initiativen, die um ihre Häuser, ihren Stadtteil, die für das Recht auf ihre Stadt kämpfen. Die LINKE ergreift Partei für Mieterinnen und Mieter und ist Partnerin der mietenpolitischen Bewegung. Wohnen ist ein Menschenrecht und bezahlbares Wohnen ein Grundbedürfnis, das nicht dem Markt der Immobilienspekulanten überlassen werden darf.

DIE LINKE fordert:

- Bundesweit jedes Jahr 250.000 Sozialwohnungen mehr schaffen!
- Die Sozialbindung geförderter Wohnungen darf nicht auslaufen!
- Runter mit den Mieten! Mietwucher verbieten! Die Mietsteigerungen der vergangenen Jahre müssen zurückgenommen werden!
- Bis es verbindliche Höchstmieten gibt: Alle Mieterhöhungen stoppen!
- Die Modernisierungumlage abschaffen!
- Keine Spekulation mit Wohnraum! Immobilienkonzerne in die öffentliche Hand!
- Bezahlbare, ökologisch modernisierte und den Bedürfnissen angepasste Wohnungen in öffentlicher Hand bauen!

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ein Rückblick auf das letzte Jahr zeigt, dass die LINKE einen wichtigen Platz im Widerstand gegen die Ungerechtigkeiten unserer Gesellschaft einnimmt. Die Kämpfe gegen die Abholzung des Hambacher Forstes, das neue Polizeigesetz und rechte Gesinnung forderten unsere Aktivität. Einiges war erfolgreich: #Hambibleibt - zumindest vorerst und das neue Polizeigesetz wurde ebenfalls nicht einfach durchgewunken. Proteste gegen Abschiebungen und gegen die Politik, die Konflikte in den Herkunftsländern durch Waffenexporte und Co. auch noch anheizt, wurden durch eine starke linke Kraft unterstützt. Eine Wiedereinführung eines umfassenden Asylrechts für alle ohne die Einrichtung von angeblichen sicheren Herkunftsländern, ohne Obergrenzen und mit aktiver Hilfe bei der Flucht sind für uns selbstverständliche politische Forderungen, für die wir auch durch die Unterstützung von entsprechenden Initiativen eintreten. Im Zuge dessen muss auch Widerstand gegen eben die Parteien (AfD und andere) geleistet werden, die diese Politik betreiben. Auch die Streiks der Pflegekräfte an der Uniklinik und der Mitarbeiter des Düsseldorfer Flughafens forderten unsere Solidarisierung. Dabei heißt es, wie auch überall sonst: Dranbleiben. Wir, DIE LINKE. Düsseldorf werden auch im neuen Jahr weiterkämpfen und uns für einen gerechten, sozialen und ökologischen Wandel stark machen.

Natalie Meisen
Sprecherin des Kreisverbandes
DIE LINKE. Düsseldorf

Kreisverband DIE LINKE.
Corneliusstr. 108
40215 Düsseldorf
Tel: 0211 933 60 81

kontakt@die-linke-duesseldorf.de
www.die-linke-duesseldorf.de

Energiewende oder Arbeitsplätze?

Wie RWE und Gewerkschaften Beschäftigte gegen die Umwelt ausspielen

Sechs Jahre, 86 zerstörte Baumhäuser, mehrere zehntausend Demonstrierende und eine heldenhafte Bechsteinfledermauspopulation später ist die Abholzung des Hambacher Forstes vorerst gestoppt. Kurz danach betont RWE-Chef Schmitz erneut, dass dadurch rund 4.600 Arbeitsplätze am Tagebau gefährdet wären. Bedrohen die für den Hambacher Forst Kämpfenden tatsächlich so viele Existenzen, statt auf der Seite der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften zu stehen? Schon kurz danach protestierten rund 4.000 RWE-Power-Mitarbeiter, angeleitet von ihrer Gewerkschaft, der IG BCE, unter Sprecher Manuel Rendla, der die Kohlekommission ermahnte, die Ängste der Beschäftigten wahrzunehmen. Laut RWE und Ministerpräsident Laschet ist ein Kohleausstieg zwischen 2035 und 2038 inakzeptabel und würde die Existenzgrundlage von Menschen gefährden, Klimawandel hin oder her.

Die gesetzten Klimaziele zu erreichen rückt derweil immer weiter in die Ferne. Doch kaum wurde daraufhin eine Kohlekraftdeckelung vorgeschlagen,

kam wieder Gegenwind von einer Gewerkschaft, diesmal durch den Ver.di-Vorsitzenden und Grünen-Mitglied Frank Bsirske. Er forderte neue Kohlekraftwerke in Deutschland und behauptete, dass sonst rund 100.000 Arbeitsplätze in Gefahr seien. Dabei arbeiteten zu diesem Zeitpunkt nicht einmal halb so viele Menschen in diesem Sektor. Dass er ebenfalls RWE-Aufsichtsratsmitglied war und gerade eine dicke Gehaltserhöhung erhalten hatte, hatte sicher nichts mit dieser Aussage zu tun? Dabei hatte einst auch RWE unter dem Namen Innogy versucht, an der Energiewende teilzunehmen und mit Öko-Strom zu einem lukrativen Erneuerbare-Energie-Unternehmen zu werden. Dann besann man sich zurück auf den Braunkohleabbau, wo wenige Großunternehmen sich den Kuchen teilen, man also auf Jahre keine neue Konkurrenz fürchten muss.

RWE ist nach wie vor ein großer Machtfaktor. Bereits existierende, viel effizientere Gaskraftwerke werden z.B. erst nach den Kohlekraftwerken zugeschaltet. Alleine eine gezieltere Förderung von Gaskraftwerken könnte

Kohlekraftwerke komplett ersetzen. Und erneuerbare Energien wären noch günstiger als das Verbrennen von Erdgas. Auch der CO₂-Emissionshandel bekommt keine Grenzen gesetzt. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, kommen wir jedoch nicht am Abschalten der Kohlekraftwerke vorbei. Und auch das vorgeschobene, der Strukturhaltung dienende Arbeitsplatzargument ist abzuweisen.

Tausende Arbeitsplätze sind im Bereich der Erneuerbaren entstanden. Weltweit könnten durch den Umstieg auf erneuerbare Energien bis 2050 fast doppelt so viele Menschen wie heute im Energieerzeugungssektor arbeiten. Zusätzlich fordert die LINKE Ausstiegshilfen von 250 Millionen Euro jährlich vom Bund für die betroffenen Kohleregionen, damit bis spätestens 2035 der letzte Kohlemeiler vom Netz geht. Gewerkschafter sollten zurückfinden zu dem, wofür sie dringend gebraucht werden. Für einen umweltfreundlichen Fortschritt, der zukunftsweisende Arbeitsplätze schafft anstatt auslaufende künstlich zu erhalten.

Laschet als verlängerter Arm von RWE

Wie die CDU-FDP-Landesregierung die Profitinteressen von RWE Power vertritt

Riesige Schaufelradbagger fressen die Landschaft, im Falle des Tagebau Hambach seit 1978, genehmigt noch bis 2040 durch einen Betriebsplan, der auf das Jahr 1974 zurückgeht. Damals gab es zur Stromerzeugung nur zwei Energiearten, fossile Brennstoffe, vor allem Kohle, und Kernkraft. Die Umsiedelung von Dörfern wurde damals außerhalb der Betroffenen wenig diskutiert, ebenso wie gigantischer Raubbau an der Natur.

Die Welt hat sich in den letzten 45

Jahren deutlich weiterentwickelt, der Energiemix sieht längst ganz anders aus. Kohle mag noch nicht gänzlich verzichtbar sein, ist aber klar ein Auslaufmodell. Niemand wird sofort den Stecker ziehen, auch mit Blick auf die Beschäftigten. Was an Menschenschicksalen und Umweltschäden noch zumutbar ist, da hat sich die Bewertung jedoch völlig verschoben. Mittlerweile sind fast 70 Prozent der NRW-Bevölkerung für ein rasches Ende der Braunkohlentagebaue. Besonders sichtbar

wird der Widerstand am Kampf Goliath RWE Power, dem Betreiber des Tagebaus Hambach, gegen David, die Waldschützer, die wenigstens die nicht mal mehr fünf Prozent des ehemaligen Hambacher Forstes retten wollen, ein nur noch kleines, aber einzigartiges Naturreservat.

RWE Power hat in der Landesregierung einen mächtigen Verbündeten. Armin Laschet steht fest an der Seite des Energiegiganten, mag der Preis für Menschen und Umwelt auch noch so hoch sein. Die Profitinteressen eines Stromkonzerns, der den Zug der Zeit schlicht verschlafen hat und damit für alle negativen Folgen selbst verantwortlich ist, wiegen bei CDU und FDP mehr als alles andere. In diesem Punkt, wie vielen anderen, vertritt sie die Interessen einer kleinen, aber mächtigen Gruppe gegen eine selten große Mehrheit der Bevölkerung. Viele Politiker gerade dieser Parteien sind nach ihrer Politlaufbahn in Konzernen wie RWE noch weich gelandet.

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Dagegen kann es nur ein Mittel geben: Widerstand auf breiter Front. Zeigt Konzernen und Lobbypolitik die rote Karte, engagiert Euch mit Bürgerinitiativen, Petitionen, lästigen Fragen an Eure Volksvertreter. Und natürlich auch vor Ort.

Wie Frauen wohnen wollen – Stadtplanung mal anders

Raum ist neben Freizeit und Geld eine der Ressourcen, deren Verteilung zwischen den Geschlechtern oft ungleich ist. Bereits Ende der 1970er Jahre wurde kritisiert, dass Frauen vielfältigen Beschränkungen in der „Raumnahme“ ausgesetzt seien. So wurde weiblichen Hausangestellten früher üblicherweise kein eigenes Zimmer zugestanden. Heute verzichten alleinerziehende Frauen zugunsten eines Zimmers für die Kinder nicht selten auf ein eigenes Zimmer, wenn das Geld nicht für eine größere Wohnung reicht.

Mit der Frage, wie das auch anders geht und wie feministische Ansätze zur Stadt- und Raumplanung aussehen, beschäftigt sich DIE LINKE Düsseldorf auf einer Veranstaltung anlässlich des Weltfrauentages 2019: Die emeritierte Professorin Dr. Ruth Becker steigt mit einem Überblick über feministische Stadtplanung ein und stellt dann einige Beispiele gemeinschaftlichen Wohnens von Frauen vor.

Wie kann städtischer Raum gestaltet werden, um den vielfältigen Lebensbedürfnissen der Bewohner*innen gerecht zu werden? Wie kann Wohnraum gestaltet werden, um dazu beizutragen, traditionelle Rollenverhältnisse aufzubrechen?

So wurden erste Ansätze oft hinterfragt, denn „frauengerechter Wohnungsbau“ soll die Rolle der Frau als „Hausfrau und Mutter“ nicht zementieren, sondern grundsätzlich in Frage stellen und ein anderes Zusammenleben ermöglichen. Autonome Frauenwohnprojekte werden dabei als Kritik am vorherrschenden Geschlechterverhältnis gesehen. Ruth Becker hat einen Leitfaden für die Entwicklung autonomer Frauenwohnräume herausgebracht und zahlreiche dieser Projekte über Jahre begleitet. Die Erfahrungen und positive Beispiele wird Ruth Becker auf der Veranstaltung mit uns teilen.

Zu der kostenlosen Veranstaltung ist jede*r Interessierte herzlich willkommen.

Autonome Frauenwohnprojekte und feministische Stadtplanung
Do. 14. März, 19– 22 Uhr

Bürgersaal Stadtteilzentrum Bilk,
Friedrichstr. 133, Düsseldorf
(neben den „Bilker Arcaden“)
Kostenfreier Eintritt



Die Proteste gegen die Braunkohle nehmen zu

Foto: © Fabian Löffelmann

Raubbau am Rechtsstaat

Änderung des Polizeigesetzes

Was die am 12. Dezember von den CDU-, FDP- und SPD-Fraktionen beschlossene Änderung des Polizeigesetzes in NRW für verheerende Folgen für unser aller Freiheitsrechte haben könnte, wurde vielerorts, so auch im letzten Rheinblick, bereits berichtet. Gegen den geplanten Angriff auf die Unschuldsvermutung fand eine große Demonstration mit über 20.000 Teilnehmenden am 7. Juli in Düsseldorf statt. Auch danach, insbesondere am 8. Dezember, mobilisierten das Bündnis „Nein zum neuen Landespolizeigesetz NRW“, dem auch DIE LINKE angehört, und viele andere gegen das Gesetz.

Im ersten Entwurf sah die Strafverteidigervereinigung NRW bereits Befugnisse wie sonst nur in totalitären Staaten, so zum Beispiel das weitere Aufweichen der Grenze zwischen Polizeiarbeit und Geheimdiensten. Insbesondere Amnesty International weist auf die Gefahr des Racial Profiling hin. Man kann einem Menschen nicht ansehen, ob er einen illegalen Aufenthaltsstatus hat. Gleichwohl sollen die kontrolliert werden, die so aussehen. Ist man der Polizei nicht „deutsch“ genug ist, muss man mit zunehmenden

anlasslosen Kontrollen rechnen. Sei es nun wegen der Haut- oder Haarfarbe, Kleidung, Sprache oder was auch immer. Den Hinweis auf „das große Risiko einer nahezu uferlosen Ausweitung polizeilicher Videoüberwachung“ liefert die Landesbeauftragte für Datenschutz und



Erneut protestierten viele Menschen gegen das Polizeigesetz

Foto: © Jupp Heinen

Informationssicherheit NRW. Nicht nur betreffe diese alle Menschen in NRW. Auch sei weiterhin empirisch nicht einmal belegt, dass eine Überwachung öffentlicher Bereiche tatsächlich geeignet sei, Straftaten zu vermeiden.

Die Gesetzesänderung, die man in

Düsseldorf nun beschlossen hat, ist unfassbar. Bereits dem Entwurf konnte man entnehmen, welche Geistes Kind das ganze Unterfangen ist. CDU-Innenminister Reul opfert Grundrechte, um rechts außen Stimmen zurückzugewinnen. Die vermeintlich liberale FDP

stimmt für eine Abschaffung von Freiheitsrechten. Beide haben aus kurz-sichtigen parteipolitischen Interessen Tür und Tor geöffnet für massive Eingriffe in unsere Grundrechte. Freuen können sich jene, die geltende Gesetze ausnutzen, um den Rechtsstaat auszuhöhlen.

Gegen Aufweichung des Arbeitsschutzes

Mobilitätspaket in den Verkehrsausschuss zurück verwiesen

Die EU-Kommission plante schlechtere Arbeitsbedingungen im internationalen Straßentransport. Das Mobilitätspaket der EU-Kommission, eingereicht beim Verkehrsausschuss des EU-Parlamentes, sah für LKW-Fahrer*innen tägliche längere Lenkzeiten und Wochenend-Ruhezeiten erst nach drei statt bisher nach zwei Wochen vor. Die wöchentlich vorgeschriebenen Ruhezeiten sollten wie bisher auch zukünftig auf Rast- und Parkplätzen verbracht werden dürfen. Im Bus- und Busreiseverkehr sollten Lenkzeiten an zwölf aufeinander folgenden Tagen ohne Ruhetag erlaubt sein. Auch sollten zusätzlich zwei mal in der Woche 16-Stunden-Arbeitstage erlaubt werden, was im sonstigen Arbeitsrecht bisher beispiellos wäre.

Im Juli 2018 hat das EU-Parlament den Vorschlag der EU-Kommission an den Verkehrsausschuss zurück überwiesen; dort soll ein Kompromiss erarbeitet werden. Da Beschäftigte aus dem EU-Ausland im grenzüberschreitenden Straßentransport nicht unter die überarbeitete EU-Entsende-Richtlinie fallen, können Unternehmer aus dem EU-Ausland ihre Beschäftigten zu den im Heimatland geltenden Mindestlöhnen Waren und Personen in und zwischen anderen EU-Mitgliedsländern befördern lassen. Der Vorschlag der EU-Kommission



Miese Arbeitsbedingungen für Fernfahrer*innen

Foto: © Olaf Nordsieck

sion geht zu Lasten der Beschäftigten im grenzüberschreitenden Straßentransport und gefährdet die Verkehrssicherheit und verhindert auskömmliche Arbeitsverhältnisse im Transportgewerbe.

Der Rückverweis des Vorschlages der EU-Kommission in den Verkehrsausschuss des EU-Parlamentes ist ein erster Erfolg, vom Tisch ist die Sache damit noch nicht. Das Mobilitätspaket steht in einer Reihe mit Vorschlägen der EU-Kommission, zum Beispiel

der Hafenrichtlinie, mit der die Rechte der Beschäftigten abgebaut oder eingeschränkt werden sollten und die dann mühsam über das EU-Parlament entschärft werden konnten. Die Beschäftigten im grenzüberschreitenden Straßentransport müssen in die Entsende-Richtlinie einbezogen werden. Auf längere Sicht muss das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit am gleichen Ort für alle Beschäftigten, unabhängig vom Sitz des Unternehmens, bei dem sie beschäftigt sind, gelten.

DIE LINKE. Flingern-Düsseltal stellt sich vor

Flingern-Düsseltal ist ein Stadtbezirk der Gegensätze. Während die Gegend am Zoopark seit jeher als gehobenes Wohngebiet gilt, hat der Stadtteil Flingern-Nord in den vergangenen Jahren einen rasanten Veränderungsprozess durchlaufen, der auch in Flingern-Süd zu einem regelrechten Bau- und Modernisierungsboom geführt hat. Sanierte Häuser und neue gewerbliche Nutzungen stehen dabei nicht nur für einen Wandel der Stadt, sondern vor allem für steigende Wohnkosten und die Verdrängung von Bewohnerinnen und Bewohnern, die sich das Viertel schlichtweg nicht mehr leisten können. Wir im Ortsverband Flingern-Düsseltal haben daher das Thema Wohnen zu einer zentralen Aufgabe unserer politischen Arbeit gemacht. Wir stellen die Interessen der Mieterinnen und Mieter in den Mittelpunkt und unterstützen sie dabei, sich gegen Mietwucher zu wehren (siehe Infokasten).

Am ersten Dienstag im Monat treffen wir uns um 19 Uhr im Route 66 (Bruchstr. 105), diskutieren aktuelle Entwicklungen in Stadtbezirk und Bezirksvertretung und planen gemeinsame Aktionen. Unter dem Motto „Heißes gegen soziale Kälte“ standen wir mit einem Info-Pavillon im „Märchenland“, um mehr über die Alltagsprobleme der Menschen rund um den Hellweg zu erfahren. In der Adventszeit erfreut ein ‚echter‘ Weihnachtsmann den Wochenmarkt auf dem Hermannplatz und zu Ostern verteilt ein Osterhase Schokoeier an die Kinder – und Flugblätter an diejenigen, denen das Thema Frieden in unruhigen Zeiten am Herzen liegt. Großes Interesse findet die Veröffentlichung des „Rheinblicks“, dessen Erscheinen wir regelmäßig mit einem Stand begleiten und den wir mit ca. 3.000 Exemplaren im Bezirk verteilen. Im August haben wir mit der Mahn- und Gedenkstätte einen Rundgang zu den Stolpersteinen in Flingern unternommen. Auch abseits der Politik treffen wir uns, sei es zum Frühstück oder Grillen.

DIE LINKE. Düsseltal-Flingern bittet Mieterinnen und Mieter sich zu melden, wenn nach Wohnungsmodernisierungen drastische Mieterhöhungen drohen. Wir nehmen Ihre Probleme ernst und wollen mit Ihnen darüber ins Gespräch kommen. Schreiben Sie uns: linke.flingern-duesseltal@t-online.de

Rechte Umtriebe in Düsseldorf stoppen!

Der Kampf gegen ausländischerfeindliches, rechtes Treiben geht in die nächste Runde

Den meisten Düsseldorferinnen und Düsseldorfern sind die monatelangen Aufmärsche des hiesigen Arms der ausländischerfeindlichen Pegida, der Dügida, noch undankbar in Erinnerung. 2015 und 2016 demonstrierte eine diffuse Truppe mit Deutschlandflaggen und allerlei eindeutig rechten Fahnen und Schildern monatelang zwischen Hauptbahnhof und Graf-Adolf-Platz. Vor allem Linke und Antifaschisten hielten ebenso lang dagegen, nachdem das bürgerliche Engagement nach wenigen Wochen er-

lahmt war. Nun hat sich am 17. November 2018 eine neue Gruppe namens Patrioten NRW auf die Spuren von Dügida gesetzt und machte am Johannes-Rau-Platz wieder rechte und ausländischerfeindliche Stimmung, verbunden mit der Ankündigung, ab Januar monatlich wiederzukommen. Aufrecht gegen Rassenhass und Ausländerfeindlichkeit, aber auch für eine Meinungsfreiheit außerhalb des braunen Gedankengutes stehende Menschen hielten mit einer antifaschistischen Demo wenig entfernt

am Apollo-Platz dagegen. Die Polizei war eher bemüht, das rechte Lager zu schützen, verhinderte aber nicht, dass teils stadtbekannte Schläger mehrere der Gegendemonstranten verletzten. Parallel beginnt sich die rechte Szene im Düsseldorfer Süden zu reorganisieren und zieht neuerdings unter dem Label „Bruderschaft Deutschland“ in teils größeren Gruppen durch die Stadtteile, um das zu verbreiten, was sie für Zucht und Ordnung hält. Dabei schüchtern sie nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund durch ihre provozierende Präsenz ein. Die Antwort kann auch hier nur Widerstand sein, und zwar quer durch alle Schichten der Bevölkerung und politischen Lager, die sich dem braunen Sumpf entgegenstellen. Zivilcourage einer breiten Bevölkerung ist gefragt, um den selbsternannten Rettern des Vaterlandes klar paroli zu bieten. Immerhin neu gegründet hat sich auch im November der Düsseldorfer Verein „Lobby für Demokratie“, der bürgerschaftliches Engagement neu in Bewegung bringen will. Auch das seit Jahren aktive Bündnis „Düsseldorf stellt sich quer“ (DSSQ), an dem auch DIE LINKE aktiv beteiligt ist, wird sich weiter und wieder tatkräftig einmischen.



Gemeinsam gegen Rechts - hier gegen Dügida

Foto: © Bündnis 90-Grüne NRW

Aus Kämpfen lernen

Gewerkschaften zwischen Gegenmacht und Co-Management

Unter diesem Titel luden DIE LINKE, Düsseldorf und ihre AG Betrieb und Gewerkschaft am 13. Oktober zu einer gewerkschaftspolitischen Konferenz ein. Auftaktredner war der Politikwissenschaftler und gewerkschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, Pascal Meiser, der die Arbeitsmarktentwicklung wie die Forderungen und Positionen sowohl der Gewerkschaften wie der LINKEN in einem Auftaktreferat zusammenfasste.

Anschließend diskutierten u.a. Martin Körbel-Landwehr, Personalratsvorsitzender der Uniklinik, Mahir Sahin, Gewerkschaftssekretär der IG BAU, Keno Böhme von „Liefere am Limit“ sowie Frank Eckgold, Dozent für Informatik an der Hochschule Düsseldorf, mit Parteimitgliedern und gewerkschaftlich Aktiven zu Arbeitskämpfen, den Streiks für mehr Personal an den Unikliniken, den Kampf der Reinigungskräfte am Flughafen um Weiterbeschäftigung, gegen schlechte Arbeitsbedingungen bei Lieferdiensten sowie über die Digitalisierung der Arbeitswelt. Auch wenn sich die Belegschaften in den beiden Auseinandersetzungen nicht vollständig durchsetzen konnten, sind die Ergebnisse durchaus Teilerfolge, die ohne diese Streiks niemals erreicht worden wä-

ren. Erfolge hängen in erster Linie vom gewerkschaftlichen Organisationsgrad und der Bereitschaft der Beschäftigten zu Streikmaßnahmen ab.

Die stellvertretende Vorsitzende des DGB-Stadtverbandes und Geschäftsführerin des ver.di-Bezirks Düssel-Rhein-Wupper, Stephanie Peifer, berichtete von den Schwerpunkten des DGB in Düsseldorf, argumentierte, dass die Gewerkschaften einerseits Gestaltungsfaktor im Sinne von Co-Management mit den Unternehmen seien und anderer-

seits aber auch konsequent in Arbeitskämpfen die Interessen der abhängig Beschäftigten vertreten müssten. Gerade der Gesichtspunkt des Co-Management wurde dabei von Seiten der LINKEN als kritisch bis problematisch eingestuft. Stephanie Peifer betonte jedoch auch, dass es bzgl. der gewerkschaftspolitischen Forderungen z.B. nach einem Mindestlohn oder nach einer drastischen Einschränkung befristeter Beschäftigungsverhältnisse eine hohe Übereinstimmung mit der LINKEN gebe.



(v.li.) Pascal Meiser, Wolfgang Zimmermann, Malin Becker in Diskussion

Foto: © Birgit Spahr

Neue Mietobergrenzen in Düsseldorf Hinweis der sozialen Beratungsstelle der LINKEN

Seit dem 1. November 2018 gelten für Beziehende von Leistungen des Jobcenters und des Amtes für Grundsicherung neue Obergrenzen für Mieten.

Für eine Person gelten neu 459 Euro als Obergrenze bei Neuanmietung und 505 Euro als sogenannte Nichtprüfungsgrenze bei Bestandswohnungen. Bei mehreren Personen sind die Grenzen entsprechend höher. Bei zwei Personen gelten 555 bzw. 611 Euro, bei dreien 703 bzw. 774 Euro.

Menschen, die aufgefordert werden, ihre Miete zu senken, sollten darauf achten, dass die Nichtprüfungsgrenze beachtet wird. Wichtig ist dies auch bei der Fortzahlung nach dem ersten halben Jahr der Bemühungen um eine günstigere Wohnung. Da hier häufig Fehler zu Ungunsten von Leistungsabhängigen gemacht werden, empfehlen wir die Prüfung des Bescheids durch eine Beratungsstelle.

DIE LINKE hilft

offene Sozialberatung

Donnerstag 15 - 17 Uhr
Freitag 10 - 13 Uhr

Kreisverband Düsseldorf
Corneliusstraße 108

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Kreisverband DIE LINKE,
Corneliusstr. 108
40215 Düsseldorf

Redaktion:

Josef Heinen, Florian Heinrichs, Peter Kirchner, Ben Klar, Dietmar Liebetanz, Tim Lukas, Natalie Meisen, Olaf Nordsieck, Lutz Pfundner, Cornelia Schlemper, Birgit Spahr, Wolfgang Spahr, Wolfgang Zimmermann

Tel: 0211 933 60 81

email: kontakt@die-linke-duesseldorf.de

web: www.die-linke-duesseldorf.de

V.i.S.d.P.: Natalie Meisen

Druck: Berliner Zeitungsdruck

Auflage: 30.000

VHS wird gegängelt

Bei der Volkshochschule wird das Kursangebot gekürzt. Dabei ist eine Ausweitung notwendig, das fordert DIE LINKE. **S.3**

Die Mafia baut

Immer mehr Schwarzgeld wird im Immobilienbereich investiert. Ein Grund warum Bauen immer teurer wird. Auch in Düsseldorf. **S.4**

Leben auf der Straße

Der R(h)einblick hat fiftyfifty interviewt. Wie kann man auf der Straße im Winter überleben? Was muß getan werden? **S.5**

Der Sommer kann kommen

Es soll einen Stadtstrand in Düsseldorf geben. Nur ohne Sand. Ist das der weitere Einstieg in die Privatisierung öffentlichen Raumes? **S.7**

1 Euro am Tag? Echt jetzt?



Foto: © Can Stock Photo / Kor

Öffis für einen Euro am Tag

Effektiver Vorschlag zur Verkehrswende

Neben der Masse an Feinstaubpartikeln liegt die Angst vor einem möglichen Fahrverbot in der Luft. Die Stadt Düsseldorf gibt jetzt schon zu, dass sie mit den Maßnahmen aus ihrem neuen „Luftreinhalteplan“ die gesetzlich erlaubten Höchstwerte zur Luftverschmutzung nicht einhalten wird. Damit rückt ein Fahrverbot immer näher und spätestens dann muss die Stadt eine Alternative für die vielen Düsseldorfer und Düsseldorferinnen finden, die an ihr Dieselauto gebunden sind. Das Auto stehen zu lassen und stattdessen mit der Bahn zum Arbeitsplatz zu fahren, lohnt sich oftmals aufgrund von horrenden Fahrkartenpreisen und schlechter Taktung kaum.

DIE LINKE fordert deswegen schon lange eine Vergünstigung des öffentlichen Nahverkehrs als einen sozialverträglichen Lösungsansatz für die Problematik der Luftverschmutzung in den Großstädten.

365 Euro – Alltag in Wien

Wien ist das bekannteste Beispiel dafür, dass finanzielle Anreize für die Nutzung der sogenannten „Öffis“ wirksam sind. Dort gibt es bereits seit längerem eine Jahreskarte zum Preis von 365 Euro. Mit dem berühmten „1 Euro pro Tag“ wurden die Wiener Linien für viele in der Stadt eine

attraktive und lohnende Alternative zum Auto. Nach der Einführung im Jahr 2012 ist die Anzahl der Jahreskartenverkäufe von 373.000 auf 780.000 gestiegen und der städtische Verkehrsbetrieb verzeichnet jährlich neue Rekorde an Fahrgästen. Wien hat sogar die Ambition, dass ab dem Jahr 2025 80 Prozent der Wege zu Fuß, mit dem Rad oder den „Öffis“ zurückgelegt werden sollen.

Auch in Deutschland werden mancherorts die Pläne für einen sozialverträglichen ÖPNV konkreter. Die Stadt Bonn bietet seit Januar 2019 ein sogenanntes „Klimaticket“ an. Dabei handelt es sich um eine Jahreskarte für 365 Euro, welche sich jedoch lediglich einmalig an Neukunden richtet. Im Rahmen des Projekts „Lead City“ erhält die Stadt Bonn für diesen Modellversuch 38 Millionen Euro aus Bundesmitteln. DIE LINKE hatte gefordert, dass sich Düsseldorf ebenfalls bewirbt. Modellprojekte wie diese können erste Anregungen für eine konsequente Wende in der Verkehrspolitik liefern.

Über 800 € für eine Jahreskarte

Neben der signifikanten Verbesserung der Luftqualität in Düsseldorf würde eine Vergünstigung des Tickets die angestrebten Fahrgastzahlen und Jahreskartenverkäufe

möglich machen. Aktuell kostet das Ticket 1000 im Abo für das Düsseldorfer Stadtgebiet 805 Euro im Jahr, also 67,13 Euro pro Monat. Dass dieser Preis viel zu hoch ist, um im großen Umfang neue Fahrgäste zu gewinnen, zeigt sich, indem das Unternehmen seine Wachstumsziele nicht annähernd erreicht. Eine Jahreskarte für 365 Euro und eine Monatskarte für 31 Euro, also mehr als die Halbierung der aktuellen Preise, bieten die Möglichkeit eines dringlichen Aufwärtstrends bei der Rheinbahn.

Auch der SPD-Chef Rimkus forderte eine Vergünstigung der Ticketpreise und nannte die Stadt Wien als Vorbild. Zudem kritisierte er, dass Düsseldorf nicht an dem Modellversuch teilnimmt.

Verkehrswende jetzt

DIE LINKE beantragte im Stadtrat, dass die Stadt zusammen mit der Rheinbahn ein Umsetzungskonzept für eine 365-Euro-Jahreskarte erarbeiten soll. Dort lehnte die SPD ab, was ihre Vertreter zuvor öffentlichkeitswirksam gefordert hatten.

Ein 365 Euro-Ticket kann jedoch nur ein erster Schritt sein. Luxemburg macht es vor und führt in diesem Sommer den kostenlosen öffentlichen Nahverkehr ein. Für alle und jeden.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nach 10 Jahren Rheinblick war die Redaktion der Meinung, dass wir unserer Fraktionszeitung einen neuen Anzug verpassen sollten. So haben wir den Rheinblick moderner und flexibler gestaltet.

Die Veränderung gilt allerdings nicht für den Inhalt. Wir werden uns auch in Zukunft kritisch mit der Kommunalpolitik in Düsseldorf auseinandersetzen und Alternativen im Interesse der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer aufzeigen. Dies machen wir allerdings nicht im Alleingang. Wir verstehen linke Politik als ein Miteinander mit den Menschen in Düsseldorf und mit den vielen Initiativen und Organisationen, die sich für ein solidarisches Düsseldorf einsetzen.

Dies gilt u. a. für Initiativen für bezahlbaren Wohnraum, für „Hafenalarm“ gegen den sinnlosen Ausbau des Reisholzer Hafens zu einem Containerhafen, für Initiativen gegen Bahn-, Flug- und Straßenlärm. Wir kämpfen mit Umweltinitiativen für eine Verbesserung des Klimas in der Stadt, mit Flüchtlingsinitiativen setzen wir uns für offene Grenzen und gegen Abschiebungen ein und insbesondere sind wir dabei, wenn es mit „Düsseldorf stellt sich quer“ gegen die unerträgliche Hetze rechtsradikaler Gruppierungen und deren Aufmärsche in Düsseldorf geht.

Solidarität macht bei uns keinen Unterschied zwischen Herkunft, Religion oder Hautfarbe.

Dies gilt für die Ratsfraktion DIE LINKE unabdingbar für die Zukunft wie für die Vergangenheit.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern für 2019 Erfolg, Gesundheit und soziale Sicherheit.

Ihre R(h)einblick-Redaktion

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 89-95123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de
facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf

31.303 Arbeitslose in Düsseldorf = 9,1%

DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit darstellt. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslosen, die älter als 58 sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl. Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im November 2018 bei 21.862 (offizielle Arbeitslosenquote 6,5%). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, in der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 31.303 um 9.441 Personen höher, als die schön gerechnete offizielle Zahl. Dort wird ebenfalls aufgeführt, dass lediglich 6.732 freie Arbeitsstellen im November gemeldet waren. In dieser Zahl sind auch Stellen enthalten, die nicht sozialversicherungspflichtig und keine Vollzeitstellen sind. Die genauen Zahlen finden Sie auf unserer Webseite: www.linksfraktion-duesseldorf.de

Kitagebühren abschaffen

DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf hat zu den Haushaltsberatungen im städtischen Jugendhilfeausschuss beantragt, die Kitagebühren für Kinder unter drei Jahren abzuschaffen. Leider wurde der Antrag von den anderen Parteien im Ausschuss abgelehnt. Kitaplätze für Kinder über drei Jahren sind in Düsseldorf bereits kostenfrei. Der monatliche Beitrag für Kinder unter drei Jahren beträgt hingegen bis zu 475 Euro. Kostenfreie Bildung für alle – von der Kita bis zur Hochschule – ist aus Sicht der LINKEN eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit. Kindliches Wohlbefinden umfasst auch Faktoren wie Zugang zu frühkindlicher Förderung, Bildungschancen, Gesundheit und Sicherheit, Beziehungen zu Gleichaltrigen, Verhalten und Risiken sowie das subjektive Wohlbefinden. Die Beitragsfreiheit in Kitas für Kinder aller Altersgruppen ist daher anzustreben.

Läuft nicht in Düsseldorf Verkehrspolitik entdeckt die Fußwege

Die eigenen Füße sind das meistgenutzte Verkehrsmittel – 32 Prozent aller Wege in der Stadt legen die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer zu Fuß zurück. Ins Café, die Kneipe oder das Kino geht man besonders gern; innerstädtische Freizeitangebote werden zu 41 Prozent fußläufig wahrgenommen. Nachlesen kann man solche Daten im städtischen „Masterplan Green City Mobility“.

Fußwege werden somit mehr genutzt als Straßen und Radwege. Die Infrastruktur einer Stadt, Handel, Gastronomie, Tourismus und das soziale Leben würden ohne Fußwege nicht funktionieren. Trotzdem werden Fußgänger*innen von der Stadtplanung wenig beachtet. So kommt es vor, dass Litfaßsäulen plötzlich mitten auf einem Fußweg stehen. Gefährlich wird es, wenn die Fußgänger*innen auf den Radweg ausweichen oder wenn an einer viel befahrenen Straße die Radfahrer*innen

auf den Fußweg ausweichen müssen. DIE LINKE brachte das Thema im städtischen Verkehrsausschuss auf die Tagesordnung.

Breitere Rad- und Fußwege

Das Bundesumweltamt empfiehlt, dass der Fuß- und der Radverkehr unabhängig voneinander ausgebaut werden. Für den Autoverkehr bedeutet das zwangsläufig Einschränkungen. Um gefährlich schmale Fußwege zu verbreitern, müssen an manchen Stellen Parkplätze schmaler werden. Die Zahl der Verkehrsunfälle kann durch breite Fußwege, mehr Fußgängerüberwege und angepasste Ampelphasen verringert werden.

Von größerer Sicherheit profitieren vor allem Kinder, Senior*innen und Menschen mit Gehbehinderung. Daher handelt es sich bei der Förderung des Fußverkehrs auch um eine Frage der Generationengerechtigkeit und Barrierefreiheit.

Fußverkehrsstrategie

Inzwischen haben Stadtplaner*innen die Bedeutung des Themas erkannt. Berlin setzt mittlerweile auf eine durchdachte „Fußverkehrsstrategie“. Auch kleinere Städte wie Moers haben wirksame Maßnahmen ergriffen, damit Fußwege sicher und komfortabel werden. Das Land NRW fördert solche Bemühungen teils im Rahmen des „Aktionsplans Nahmobilität“. Die Stadt Düsseldorf hat diesem Aspekt der Verkehrspolitik bisher aber keine Aufmerksamkeit geschenkt. In ihrer Verkehrsplanung kommen Fußgänger*innen höchstens als Anhängsel der Radwegeplanung vor. Darum hat DIE LINKE Ratsfraktion zur Haushaltssitzung des städtischen Verkehrsausschusses einen Antrag eingebracht, dass auch Düsseldorf ein Verkehrskonzept für Fußgänger*innen erstellt. Die Mehrheit aus SPD, Grünen und FDP entschied gegen den Antrag.

Straßennamen und ihre Bedeutung Erich-Hoepner-Straße

Der Rheinblick berichtet regelmäßig über Düsseldorfer Straßennamen, mit denen Kolonial- und Naziverbrecher oder ihre Unterstützer geehrt werden. Die Ratsfraktion DIE LINKE hatte im Kultur- und Ausschuss die Initiative gestartet alle Namen von Straßen und Plätzen auf problematische Hintergründe oder Bezüge zu überprüfen. Belastete Straßennamen sollen unbenannt werden.

Erich-Hoepner-Straße in Golzheim

Hoepner war Generaloberst der Wehrmacht und hat als solcher unzählige Kriegsverbrechen begangen. Nachdem er bei Hitler in Ungnade gefallen war, kontaktierte ihn später die Gruppe, die am 20. Juli ein Attentat auf Hitler verübte. Dafür ist er später gehängt worden. Und dies sorgt bis heute zu Diskussionen um ihn. Schon 2008 forderte die Ratsfraktion DIE LINKE vergeblich die Umbenennung der Straße. Erich Hoepner ist nicht irgendein Mitläufer gewesen, sondern ein Täter.

Seit 1914 gehört Hoepner durchgehend der deutschen Armee an. Er ist beteiligt am Angriffskrieg gegen Polen 1939 sowie u.a. 1940 beim Angriffskrieg gegen Frankreich. 1941 ist Hoepner Befehlshaber der 4. Panzergruppe beim Angriff auf die Sowjetunion. Bereits im Vorfeld des Überfalls hatte Hoepner folgenden Befehl „zur bevorstehenden Kampfführung im Osten“ erlassen, in dem es auszugeweiht heißt: „Es ist der alte Kampf der Germanen gegen das Slawentum, die Verteidigung europäischer Kultur gegen moskowitzisch-asiatische Überschwemmung, die Abwehr des jüdischen Bol-

schewismus. Dieser Kampf muß die Zerstörung des heutigen Rußland zum Ziele haben und deshalb mit unerhörter Härte geführt werden. Jede Kampfhandlung muß in Anlage und Durchführung von dem eisernen Willen zur erbarmungslosen, völligen Vernichtung des Feindes geleitet sein. Insbesondere gibt es keine



Erich Hoepner (re.) bei einer Einsatzbesprechung in Russland
Foto: © wikipedia/bundesarchiv

Schonung für die Träger des heutigen russisch-bolschewistischen Systems.“ In seinem Tagesbefehl unmittelbar vor dem Überfall auf die UdSSR schrieb Hoepner: „Wir treten morgen zu dem großen Kampfe an, den wir Germanen gegen das bolschewistische Slawentum führen müssen, um unser deutsches Volk und unsere Nachkommen zu erhalten.“ Beide Befehle zeigen die Übereinstimmung des Befehlsgebers mit der nationalsozialistischen Ideologie, dem rassistischen Hass gegen „das Slawentum“. Hoepner benutzt darin

antisemitische und antibolschewistische Stereotype. Ausdrücklich ist nicht vom Sieg über den Gegner die Rede, sondern von dessen „erbarmungsloser, völliger Vernichtung“. Und genau das tat er auch. Kurz gesagt: Hoepner war ein Massenmörder. Seine militärische Karriere endete jedoch im Januar 1942, weil er dem Durchhaltebefehl nicht folgte. Hitler entließ ihn unehrenhaft aus der Armee. So liegt die Vermutung nahe, wie sie auch von Historikern geäußert wird, dass Hoepner sich aufgrund der persönlich erfahrenen Erniedrigung durch Hitler an den Attentatsplänen beteiligte und nicht aufgrund politischer Motive. Nirgends ist belegt, dass er seine Weltanschauung verändert hatte oder gar seine Taten bereute.

Die Antwort der Stadtverwaltung auf die Anfrage der Linksfraktion 2008, die durch das Stadtarchiv erstellt wurde, machte einen damals wie heute wütend. Hoepner wird eine aktive Teilnahme am Widerstand angedichtet, die nirgends belegt ist. Seine Beteiligung am 20. Juli 1944 war lediglich eine passive Rolle. Peinlich wird es, wenn die Verwaltung seine Hinrichtung als Beweis hinstellt, dass er sich „gegen den Unrechtsstaat entschieden hat“. Wütend macht es einen, wenn die Kriegsverbrechen und die Äußerungen Hoepners verharmlost werden: „Dem damaligen Zeitgeist entsprechend hat Hoepner in militärischen Tagesbefehlen und sonstigen nach außen gerichteten Dokumenten Äußerungen getan, die menschenverachtend sind und heute in keiner Weise akzeptiert werden können.“ Es war also der Zeitgeist. Verharmlosung ist dafür noch ein milder Ausdruck.

Stadt kürzt bei Volkshochschule

Niedrige Kursgebühren und gute Bezahlung notwendig

DIE LINKE Ratsfraktion hat zu den Beratungen des städtischen Haushalts drei Verbesserungen für die Volkshochschule Düsseldorf beantragt: alle Kurse sollten günstiger angeboten, die Programmkürzung zurückgenommen und die Dozent*innen besser bezahlt werden. Alle Anträge wurden im Schulausschuss von den anderen Parteien abgelehnt.

die Ampel-Kooperation aus SPD, FDP und Grünen wollen im Rahmen des Projekts „Verwaltung 2020“ zwanzig Prozent des städtischen Personals streichen. Eine Folge hiervon ist die Kürzung der angebotenen Kurse bei der Volkshochschule. In diesem Jahr werden zehn Prozent weniger Unterrichtsstunden angeboten – von 100.000 auf rund 90.000 Stunden wur-

den. Leider wird die hohe fachliche und pädagogische Qualität der über 800 Dozent*innen und Dozenten derzeit nicht angemessen vergütet. Von den gezahlten Honoraren müssen sie noch Beiträge für Krankenversicherung, Pflegeversicherung und Rentenversicherung abführen – einen Arbeitgeberanteil gibt es nicht. Für die Vor- und Nachbereitung der Kurse gibt



Zu teuer, zu wenige Angebote, Lehrpersonal unterbezahlt
Foto: (CCO) pixabay/geralt

Kurse günstiger machen

Die Gebührenerhöhungen der vergangenen Jahre haben dazu geführt, dass sich viele Menschen die Kurse an der Volkshochschule nicht mehr leisten können. Die Rücknahme der Preiserhöhungen ist dringend erforderlich. DIE LINKE beantragte daher, alle Kurse zehn Prozent günstiger anzubieten.

Angebot ausbauen

Oberbürgermeister Thomas Geisel und

de das Angebot reduziert. Die Kürzung trifft die Bevölkerung genauso wie die Dozent*innen. Manche von ihnen bekommen weniger Stunden, andere gehen wohl komplett leer aus. DIE LINKE lehnt die Kürzungen ab.

Anständige Bezahlung

Darüber hinaus hat DIE LINKE beantragt, dass die Stundenhonorare für die Dozent*innen der Volkshochschule von aktuell 25 Euro auf 35 Euro erhöht wer-

es kein Geld, ausbleibende Honorare aufgrund ausgefallener Kurse verschlechtern die finanzielle Situation zusätzlich. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder bezahlten Urlaub gibt es ebenfalls nicht.

Für die persönliche, als auch für die berufliche Entwicklung ist es notwendig, dass alle die Möglichkeit haben, sich weiterzubilden. Damit dass so bleibt, sind niedrige Kursgebühren, ein umfangreiches Programm und eine angemessene Bezahlung der Dozent*innen erforderlich.

„Luftreinhalteplan“ gegen Fahrverbote

Fortgesetzte Kritik zwingt Stadt zu Nachbesserungen

Düsseldorf ist unter den TOP-10 der am stärksten mit Dieselpartikeln belasteten Städte Deutschlands. Die Bezirksregierung plant im Entwurf ihres neuen „Luftreinhalteplans“ keine kurzfristige Verbesserung. Die gesetzlichen Grenzwerte für giftiges Stickoxid sollen noch bis ins Jahr 2024 überschritten werden. Die Umwelthilfe sprach darum von einem „Rechtsbruch mit Ansage“. Kurz vor Weihnachten kündigte die Bezirksregierung an, eine Forderung der Umweltinitiativen und der LINKEN aufzunehmen: Die Einrichtung einer gesonderten „Umweltspur“ für umweltfreundliche Verkehrsmittel auf einer Nord-Süd-Achse durch die Stadt – von der Kaiserstraße über die Berliner Allee bis zur Corneliusstraße.

DIE LINKE Ratsfraktion hatte diesen Vorschlag auf ihrer Internetseite als Anregung für Bürgereingaben eingestellt. Die Stadtverwaltung wird dem Verkehrsausschuss und den Bezirksvertretungen 1 und 3 im Januar allerdings eine Verwässerung dieses Konzepts vorschlagen: Statt nur Bahnen, Bussen und Fahrrädern, sollen auch Taxis, E-Autos und sogar PKW mit Verbrennungsmotoren darauf fahren dürfen. Die einzige Bedingung für das Nutzen der Umweltspur mit einem Diesel-PKW

wäre das Bilden einer Fahrgemeinschaft.

Es ist völlig offen, wie die Stadt das kontrollieren will. Es ist auch fragwürdig, ob der Verkehr auf einer Umweltspur überhaupt besser fließen wird, wenn darauf auch normale PKW fahren. Eine Umwelt-



Alternativen gibt es immer
Foto: © canstock/3355m

spur ohne diesen Vorteil gäbe keinen Anreiz zum Umstieg.

Das Oberverwaltungsgericht Münster sollte Anfang des Jahres entscheiden, ob die Düsseldorfer Bezirksregierung Fahrverbote ernsthaft genug geprüft hat und der Luftreinhalteplan unverändert am 1. Februar in Kraft tritt. Die Pläne für eine

Umweltspur müssen jetzt zusätzlich berücksichtigt werden. Die kurzfristige Vorstellung der Maßnahme könnte die Entscheidung des Oberverwaltungsgericht aufschieben.

DIE LINKE kritisiert, dass die Düsseldorfer Ratsmehrheit aus SPD, Grünen und FDP dieses Spiel auf Zeit passiv verfolgt und selbst keine Initiativen zur entschiedenen Senkung der Abgasbelastung ergreift. Die Stadt beschränkt sich auf die Umsetzung des „Luftreinhalteplans“ der Bezirksregierung. Die wirksamste Maßnahme darin ist die Umstellung von 20 Rheinbahn-Bussen von Diesel- auf Elektroantrieb bis 2020. Der Nutzen anderer Vorhaben, wie Werbeaktionen für mehr Radverkehr und eine Mobilitätsapp, sind eher fragwürdig.

DIE LINKE schlug dagegen immer wieder die Einführung von Tempo 30 in der Innenstadt vor. So könnte die Abgasbelastung schnell gesenkt werden. Sie forderte einen entschiedenen Ausbau des Angebots der Rheinbahn und günstigere Ticketpreise. Nur so kann eine Verkehrswende eingeleitet werden. DIE LINKE forderte bereits zur Kommunalwahl 2014 die Rheinbahn zu einem fahrscheinlosen, umlagefinanzierten Angebot für alle umzubauen.

Kein Kontozugriff fürs Sozialamt

DIE LINKE Ratsfraktion hat eine zweifelhafte Praxis des Düsseldorfer Sozialamts öffentlich gemacht und so dafür gesorgt, dass sie beendet wird. Bei der Beantragung von Grundversicherung verlangte das Sozialamt bisher, dass eine sogenannte Kontoerklärung unterzeichnet wird. Die Antragstellerinnen und Antragsteller sollten das Sozialamt mit dieser Erklärung zum Kontozugriff ermächtigen und eine Aufhebung des Datenschutzes gegenüber dem Geldinstitut erlauben. Das Formular erweckte dabei den Eindruck, Leistungen gäbe es nur, wenn dem Amt die Kontrolle über das Konto gegeben wird. Das aber wäre illegal. DIE LINKE brachte das Thema in den städtischen Ausschuss für Gesundheit und Soziales. Daraufhin kündigte das Sozialamt an, das Formular nicht mehr zu verwenden. Das ist zu begrüßen. Allerdings ist es ein Unding, dass so ein Formular überhaupt verwendet wurde. Bleibt zu hoffen, dass das Formular wirklich im Papierkorb landet. Wer es jetzt noch erhält, sollte sich dagegen wehren.

Linke Forderungen werden aufgegriffen

DIE LINKE ist zwar nur mit vier Personen im Düsseldorfer Rat vertreten; dass sie aber zunehmend mit ihrer Arbeit Erfolg hat, wurde bei der Beratung des städtischen Haushaltes im Dezember deutlich.

Seit Jahren fordert DIE LINKE eine deutliche Veränderung der Wohnungspolitik. So fordern wir, keine städtischen Grundstücke mehr zu verkaufen und Grundstücke für preiswerten Wohnungsbau anzukaufen. Die Grundstücke sollen an die eigene Wohnungsgesellschaft übertragen werden, ausschließlich für sozialen Wohnungsbau. Solche Anträge sind bisher im Rat abgelehnt worden. Allerdings waren wir überrascht, dass SPD, Grüne und FDP beantragt haben, dass städtische Grundstücke nur noch für bezahlbaren Wohnungsbau vergeben werden sollten. Sogar die CDU fordert, weniger städtische Grundstücke zu verkaufen und mehr für bezahlbaren Wohnungsbau anzukaufen.

Allerdings wollen diese Fraktionen nach wie vor Grundstücke verkaufen. Unter bezahlbaren Mieten verstehen sie auch sogenannte preisgedämpfte Kaltmieten für 9,60 €/m². Noch liegen die Vorstellungen auseinander, aber langsam nähern sie sich an und werden vielleicht auch bald deckungsgleich. Zu befürchten ist jedoch eher, dass es sich um frühes Wahlkampfgetöse der anderen Parteien handelt.

Armut braucht Nähe

Unter diesem Titel hat Angelika Kraft-Dlangamandla die Rede zum städtischen Haushalt 2019 gehalten. Schwerpunkt ist, wie der Titel vermuten lässt, die zunehmende Armut in der reichen Stadt Düsseldorf. DIE LINKE Ratsfraktion fordert mehr Geld um Wohnungslosigkeit, Stromsperrern und Kinderarmut zu vermeiden. Um bezahlbare Wohnungen für alle zu gewährleisten, sollen keine städtischen Grundstücke mehr verkauft, sondern für kommunalen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Die Stadtteile sollen gestärkt werden, durch mehr Kultur- und Bildungsangeboten vor Ort, damit auch Menschen mit geringem Einkommen verstärkt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Dazu gehören auch eine Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs und eine möglichst kostenlose Inanspruchnahme. Ebenso fordern wir kostenloses Mittagessen in Schulen und Kitas und eine bessere Bezahlung für die Beschäftigten in allen Kultur- und Bildungseinrichtungen. Die vollständige Rede ist abrufbar unter www.linksfraktion-duesseldorf.de

Der Missbrauch am Rheinstadion

Das Düsseldorfer Rheinstadion ist vor allem eine Sportarena. Aus Geldgier wurde jetzt daraus eine „Merkur Spielarena“. Merkur, das sind die Spielhallen, die von der Gauselmann-Gruppe betrieben werden. In diesen Spielhallen stehen Geldspielautomaten, die mit psychologischer Unterstützung entwickelt werden, um das Suchtverhalten an diesen Automaten zu erhöhen. Geldspielautomaten sind das überwiegende Suchtmittel bei der Spielsucht. In Deutschland gibt es ca. 300.000 süchtige Spieler. Die Dunkelziffer ist nicht erfasst. Spielsucht zerstört Familien und Existenzen. Es ist eine anerkannte Krankheit, die in Spezialkliniken behandelt wird. Für die Werbung dieser Spielhallen am Rheinstadion kassiert die Stadt Düsseldorf über ihre Tochter D-Live GmbH jährlich 3,75 Mill. Euro. Die Ratsfraktion DIE LINKE beantragte im Stadtrat, mit Gauselmann über die Auflösung des Vertrages zu verhandeln. Grüne, eine Minderheit von CDU und FDP stimmte dem zu. Die SPD und die Mehrheit von CDU und FDP stimmten gegen unseren Antrag. Ein besonderes Geschmäckle bekommt das Geschäft dadurch, dass die Stadt etwa jede dritte Spielhalle schließen muss. Und in dieser Situation wird solch ein Vertrag abgeschlossen. Zufälle gibt es.

Mehr Mut in der Wohnungspolitik

Nur kommunaler Wohnungsbau löst die Probleme

Mit der Städtischen Wohnungsgesellschaft Düsseldorf (SWD) hätten Rat und Verwaltung ein Instrument, wirkungsvoll gegen die Wohnungsnot vorzugehen. Aber mit ungebrochenem Glauben an die kapitalistische Wirtschaft wird den privaten Investoren das Feld überlassen. So kommt es, dass im Jahre 2017 von 2.082 neu gebauten Wohnungen 1.084 teure Eigentumswohnungen und nur 156 Sozialwohnungen waren. Davon wiederum nur 78 durch die SWD errichtete. Durch das beständige Auslaufen der Mietpreisbindung bei Sozialwohnungen nimmt so die Zahl der öffentlich geförderten Woh-

nungen jedes Jahr um bis zu tausend ab. Von den 356.000 Wohneinheiten in Düsseldorf sind nur ca. 4,5 % Sozialwohnungen aber ca. 20 % teure Eigentumswohnungen.

Durch rücksichtslose Modernisierungen, deren Kosten jährlich mit 11 % auf die Mieter*innen umgelegt werden können und dann in der Höhe auf Dauer bleiben, werden Menschen mit geringem Einkommen immer häufiger aus den Wohnungen gedrängt. Eigentumswohnungen, die mehrere Millionen kosten, sind Zeichen einer absurden Wohnungspolitik. Zumal sie oft lange leer stehen. DIE LINKE

fordert, dass dieser Entwicklung entgegengesteuert wird.

Über 12.000 Wohnungen stehen länger als drei Monate leer und mehrere tausend werden als Ferienwohnung missbraucht. Deshalb muss endlich eine Zweckentfremdungssatzung her, die diese Spekulanten zwingt, diese Wohnungen ihrem Wohnzweck wieder zuzuführen.

Alle städtischen Grundstücke müssen in öffentlicher Hand bleiben und zu 100% für bezahlbaren Wohnraum genutzt werden. Dafür muss die SWD in die Verantwortung genommen werden und mit einem Kooperationsvertrag dazu verpflichtet werden. In dem Vertrag muss auch eine Privatisierung der SWD ausgeschlossen werden.

In den vier Jahren von 2018 bis 2021 plant die SWD 802 Wohnungen und davon 527 öffentlich gefördert. Das sind nur 131 pro Jahr. Das ist völlig unzureichend, zumal Oberbürgermeister Geisel in seiner Haushaltsrede versprochen hat, dass die SWD in den nächsten fünf Jahren „tausende“ Sozialwohnungen bauen wird. Da sind wir gespannt, wie er das umsetzen will. DIE LINKE Ratsfraktion wird nicht locker lassen, dass endlich kommunal so gebaut wird, wie die Düsseldorfer Bevölkerung Wohnraum benötigt.



Es wird zu wenig, zu teuer, zu langsam gebaut

Foto: © Can Stock Photo/ollyy

Bauen, Bauen, Bauen für die Mafia?

Die Spekulation auf dem Immobilienmarkt wirft Fragen auf

In einer Presseerklärung des Oberbürgermeisters Geisel zur Internationalen Immobilienmesse in Cannes erklärte er stolz, dass 65 % der Investoren im Düsseldorfer Immobilienmarkt aus dem Ausland stammen. Transparency International veröffentlichte am 7. Dezember Erkenntnisse, dass von Schwerkriminellen mehrere Milliarden Euro Schwarzgeld im Deutschen Immobilienmarkt gewaschen werden. Recherchen des Bayrischen Rundfunks haben ergeben: „Die italienische organisierte Kriminalität investiert ihr Geld in Deutschland auch in Immobilien“. Diese Gelder treiben in den Großstädten die Immobilienpreise immer weiter in die Höhe.

Es stellt sich die Frage, wer kauft die teuren Eigentumswohnungen, die in Düsseldorf von international agierenden Immobilienheuschrecken gebaut werden und die nicht selten als Spekulationsobjekte leer stehen? Niemand weiß, in wessen Auftrag millionenschwere Immobilien in Düsseldorf gekauft werden.

Es wundert nicht, dass, bevor gebaut wird, die Grundstückpreise ins Unermessliche steigen. Wenn Immobilien der Geldwäsche dienen, ist es umso lukrativer, je höher die Preise sind.

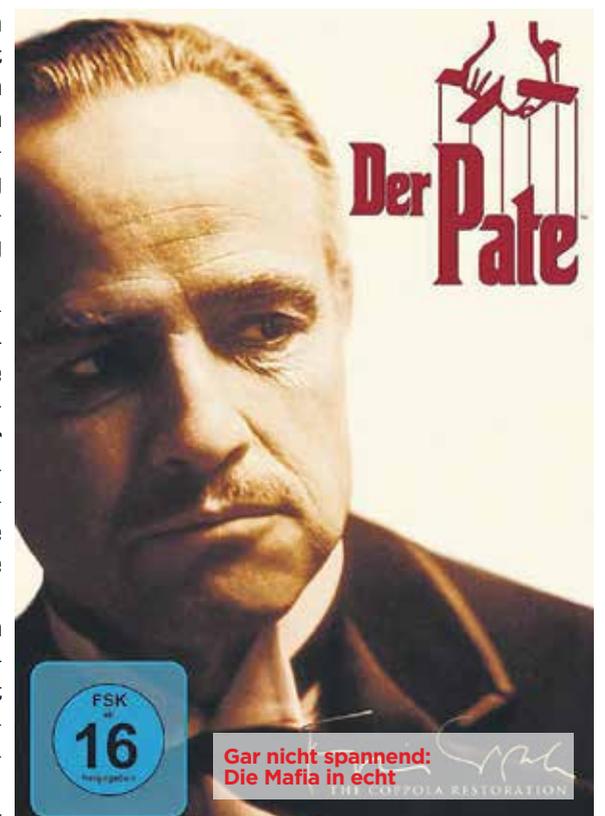
DIE LINKE fordert seit Jahren, dass

die Stadt endlich aus dem Immobilienhandel aussteigt und nicht mehr mit den städtischen Grundstücken spekuliert. Einen entsprechenden Haushaltsantrag lehnte die Mehrheit des Rates in der Haushaltssitzung erneut ab.

Alle städtischen Grundstücke müssen in öffentlicher Hand bleiben. Sie können über eine stark ermäßigte Erbbaupacht der Städtischen Wohnungsgesellschaft zur Verfügung gestellt werden, damit diese ausschließlich bezahlbare Wohnungen erstellt.

Darüber hinaus fordern wir, dass die Stadt zusätzlich Grundstücke ankauft um im bezahlbaren Segment den Bau von Wohnungen für die Menschen, die sich in Düsseldorf sonst keine Wohnungen mehr leisten können, zusätzlich voran bringt.

5.000 wohnungslosen Menschen stehen über 12.000 leerstehende Wohnungen gegenüber. Dies ist das Ergebnis



Gar nicht spannend: Die Mafia in echt

einer asozialen, profitorientierten Immobilienpolitik. DIE LINKE fordert, damit muss Schluss sein, die Wohnungspolitik muss sich endlich an den Erfordernissen für die Menschen in Düsseldorf orientieren.

Leben auf Düsseldorfs Straßen

Interview mit der Obdachlosenorganisation fiftyfifty

Obdachlosigkeit wird in Düsseldorf zu einem immer größeren Problem. Jetzt im Winter ist das Leben auf der Straße besonders hart. Der Rheinblick hat mit der Obdachloseninitiative fiftyfifty gesprochen.

Wie bewertet ihr die Lage in diesem Winter?

fiftyfifty: Die Situation von wohnungslosen Menschen hat sich in Düsseldorf in den letzten Jahren kaum verbessert. Wir haben weiterhin zu wenig Notschlafstellen und eine Winterhilfe, die sich nicht an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

Welche konkreten Probleme gibt es?

fiftyfifty: Gewalt in den Massenunterkünften, nicht nachvollziehbare Regeln sowie zu wenig Schlafplätze für Paare, Menschen mit Hunden und wohnungslose Frauen sind nur einige Gründe, warum obdachlose Menschen die Angebote der Stadt nicht annehmen. Von städtischer Seite heißt es dann häufig, die Menschen seien freiwillig wohnungslos. Wir halten das für äußerst zynisch. Wohnungslosigkeit hat nie etwas mit Freiwilligkeit zu tun – höchstens mit einer verfehlten Sozial- bzw. Wohnungslosienpolitik.

Welche zusätzlichen Hilfsangebote gibt es denn im Winter?

fiftyfifty: Die Stadt hat zum zweiten Mal eine niedrigschwellige Winterhilfe auf der Prinz-Georg-Straße eröffnet. Dort finden jedoch lediglich 26 Menschen Platz. Wir wissen von deutlich mehr Menschen, die weiterhin draußen auf der Straße schlafen.

Tatsächlich ist diesen Winter bereits ein

Mensch auf der Straße gestorben...

fiftyfifty: In diesem und den beiden vorangegangenen Wintern ist bisher jeweils mindestens ein Mensch auf der Straße verstorben.

Bei dem Verstorbenen in diesem Winter soll es sich um einen polnischen Staatsangehörigen gehandelt haben. Wie sieht die Situation der obdachlosen EU-Bürgerinnen und -Bürgern aus?

fiftyfifty: Sie machen etwa 50 Prozent der Menschen aus, die tatsächlich ohne



jedes Obdach draußen auf der Straße schlafen müssen. Dabei gehören insgesamt lediglich etwa 13 Prozent aller wohnungslosen Menschen zu diesem Personenkreis. Sie sind also überdurchschnittlich stark von Straßenobdachlosigkeit betroffen.

Wie ergeht es ihnen in Düsseldorf?

fiftyfifty: Für sie gab es bisher keine spezielle Hilfe. Im Gegenteil, außerhalb der Wintersaison wurden diese Menschen,

die meist kein Anrecht auf Sozialleistungen haben und somit auch nicht krankenversichert sind, in keiner Notschlafstelle untergebracht. Sie verelenden auf Düsseldorfs Straßen.

Kommen sie denn zumindest im Winter in eine Unterkunft?

fiftyfifty: Ja, allerdings steht für sie zurzeit meist nur die Tür zur Winterhilfe auf der Prinz-Georg-Straße offen. Neben den zu wenigen Plätzen leidet dort auch die Qualität der Hilfe. Mehr als ein be-

stützen bei behördlichen Schwierigkeiten. Wir müssen das tun, da es bisher keine staatlichen Alternativen zu uns gab.

Im Düsseldorfer Stadtrat wurde beschlossen, ein ähnliches Hilfsprojekt wie das Kölner Obdachlosen-Projekt „Humanitäre Hilfen für Menschen aus den Staaten der EU-Osterweiterung“ auf den Weg zu bringen. Was haltet ihr von dem Kölner Projekt?

fiftyfifty: Dieses Projekt ist sehr sinnvoll. Es ist toll, dass sich in Köln und Düsseldorf endlich etwas bewegt. In Köln gibt es bereits eine Notschlafstelle. Angegliedert sind eine muttersprachliche Beratung und die Versorgung mit Lebensmitteln. Ein solches Angebot könnte auch in Düsseldorf Leben retten.

In Düsseldorf soll das Angebot leider nur für Menschen gelten, die aufgrund ihres physischen und psychischen Zustandes zu einer Rückkehr in ihr Heimatland nicht in der Lage sind. DIE LINKE hat den Antrag grundsätzlich unterstützt, diesen Absatz jedoch abgelehnt. Wie steht ihr dazu?

fiftyfifty: Wir freuen uns, dass es dieses Projekt in Düsseldorf geben soll. Gleichzeitig sind wir aber gespannt, wie die praktische Umsetzung konkret aussehen soll. Die Einschränkungen sind tatsächlich erst einmal nicht nachvollziehbar. Wenn sich Menschen seit Jahren in Düsseldorf aufhalten und wohnungslos werden, gilt es ihnen Unterstützungen anzubieten. Warum sich ihre physische oder psychische Verfassung erst verschlechtern muss, erschließt sich uns nicht. Außerdem ist bisher ungewiss, wie und von wem dieser Zustand bewertet wird.

Wo bitte geht es zum Versicherungsamt?

Bei der Stadt Düsseldorf ist das Versicherungsamt als neutrale Beratungsstelle für die Versicherten in der Stadt zuständig für alle Fragen der Rentenversicherung, aber auch der Kranken- und sonstigen Sozialversicherungen. Dort kann man Rentenansprüche stellen und sich in Konfliktfällen beraten lassen. Dass diese Stelle existiert und kostenlos in Anspruch genommen werden kann, ist leider so gut wie unbekannt. Genauso unbekannt ist die gute Leistung der Mitarbeiter. Da das Amt für hunderttausende Düsseldorfer*innen zuständig ist, haben wir bei den letzten Haushaltsberatungen eine Aufstockung um eine Personalstelle gefordert, was abgelehnt wurde.

Seitdem das Amt nicht mehr im Rathaus, sondern in der Willi-Becker-Allee 8, in der 5. Etage untergebracht ist, ist es schwierig, die Mitarbeiter zu finden. Im Erdgeschoss gibt es keinen Hinweis,

erst wenn man auf der richtigen Etage aussteigt, weist ein Pappschild den richtigen Weg. Wir setzen uns für eine bessere Ausschilderung ein und für mehr Werbung für die Angebote.

Lärmbrennpunkte bleiben laut

Trotz großem Bedarf hatte die Düsseldorfer Ampelkooperation aus SPD, Grünen und FDP bereits im Haushalt für 2018 die Mittel für den Lärmschutz gekürzt: 36 Prozent weniger Geld gibt es seitdem für Flüsterasphalt, Rasengleise und Schallschutz. Dabei hatte die Ampel den Einwohnerinnen und Einwohnern im Jahr 2017 mit einer Bürgerbeteiligung signalisiert, dass die Lärmproblematik ihr wichtig sei.

Im Rahmen der sehr erfolgreichen Bürgerbeteiligung identifizierten 600 Düsseldorferinnen und Düsseldorfer sowie

wacher Raum ist nicht zu erwarten. Eine muttersprachliche Beratung oder Gesundheitsversorgung gibt es dort nicht. Der Tod des auf der Straße Verstorbenen in diesem Winter kann uns also kaum verwundern.

Was macht ihr als private Initiative in dem Bereich?

fiftyfifty: Seit einigen Jahren bieten wir muttersprachliche Beratung an, vermitteln zu Ärztinnen und Ärzten und unter-

zahlreiche Bürgerinitiativen 29 „Lärmbrennpunkte“ im Stadtgebiet. Im Nachhinein muss man nach dem Sinn der Bürgerbeteiligung fragen, da die Ampel keine zusätzlichen Haushaltsmittel zur Verfügung stellt, um die Lärmbrennpunkte zu entschärfen. Betroffenen muss dies wie Hohn erscheinen.

DIE LINKE beantragte darum im zuständigen Umweltausschuss der Stadt, dass das Budget zur Reduzierung des Straßenverkehrslärms dem Bedarf entsprechend ab 2019 um 100.000 Euro erhöht wird. Die Ampel folgte dem nicht. Für die Anwohnerinnen und Anwohner an Lärmbrennpunkten, zum Beispiel an Hauptverkehrsstraßen, bleibt es also vorerst laut.

Misstände im Ausländeramt

DIE LINKE Ratsfraktion protestiert gegen die Abschiebung des 33-jährigen Flüchtlingsaktivisten Hamid R. am 17. Dezem-

ber. Er war in den Räumen des Ausländeramtes verhaftet und vermutlich in den Iran abgeschoben worden. Dort drohen dem politischen Aktivisten und Christen Inhaftierung und Hinrichtung.

Die Berichte häufen sich, dass beim Düsseldorfer Ausländeramt der Umgang mit Geflüchteten nicht in Ordnung ist.

Statt eine Bleibeperspektive zu eröffnen, wird auch gut integrierten Geflüchteten mit Abschiebung gedroht. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ausländeramtes schüren unter den Geflüchteten die Angst, dass ihr Kampf um ein Bleiberecht die Abschiebung zur Folge hat. Es scheint nicht weit her zu sein mit der von OB Geisel geäußerten Offenheit gegenüber Geflüchteten, bzw. endet beim Ausländeramt. Die Leiterin Miriam Koch (Grüne) muss sich dringend um einen Mentalitätswechsel in ihrer Behörde kümmern. DIE LINKE wird nachhaken.

Personalnot hat drastische Folgen

Die Stadt Düsseldorf spart weiterhin an ihrem Personal. Durch das bewusste Nichtbesetzen von Planstellen wird Geld eingespart zu Lasten der Bevölkerung und der Mitarbeiter*innen. Von 10.492 Stellen in der Stadtverwaltung waren nur 8.969 Stellen besetzt. Das heißt, dass jede siebte Stelle unbesetzt ist. Hinzugerechnet werden muss aber auch die Krankheitsquote von 744,5 Stellen, so dass faktisch sogar 2.197 Stellen unbesetzt sind, das sind 20% aller Stellen. Die Folge der Unterbesetzung: die Überbelastung für die Beschäftigten durch langfristig anhaltenden Arbeitsdruck steigt enorm und führt dazu, dass noch mehr Mitarbeitende krankheitsbedingt oder durch Überstundenausgleich fehlen. In vielen Bereichen fehlen Mitarbeiter*innen, um die vorgesehenen Aufgaben adäquat erfüllen zu können. Die Folgen spüren schon jetzt die Einwohnerinnen und Einwohner.

Das Glück der Kämmerin

Weil die Gewerbesteuereinnahmen 2017 um 250 Mill. Euro höher ausfielen als 2016 und auf dieser Grundlage für 2018 und 2019 geplant wurde, konnte die Kämmerin der Stadt dem Rat einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren. Glück gehabt! Die Ratsmitglieder der Ampel feierten dies allerdings als Ergebnis einer guten Finanzpolitik.

Wie unsicher solche Prognosen sind, zeigt der Haushaltsplan 2016. Für 2016 wurden Gewerbesteuereinnahmen von 903,1 Mill. Euro prognostiziert. Heraus kamen nur 733,7 Mill. Euro. Wir erinnern uns noch an die schwierigen Haushaltsberatungen und die hohe Neuverschuldung, um die Fehlplanung auszugleichen. Erfahrungen machen allerdings nicht immer klug. Jetzt werden wieder bis einschließlich 2022 gleichmäßig hohe Gewerbesteuereinnahmen von 959,5 Mill. Euro eingeplant. Dazu gehört schon ein tief verwurzelter Glaube an einen krisenlosen Kapitalismus. Da ist DIE LINKE realistischer. Um die Haushaltsfinanzierung nachhaltig zu sichern, beantragte sie eine, für die Unternehmen geringe aber für den Haushalt wirksame, Erhöhung der Gewerbesteuer. Schließlich erzielen die Düsseldorfer Unternehmen jährlich einen Profit von über sechs Milliarden Euro. Da könnten sie sich schon etwas mehr an den gesellschaftlichen Aufgaben beteiligen. Aber die Ampel verlässt sich lieber weiter auf das Glück und so wurde der Antrag abgelehnt.

Kinderbücherei in Not

Verfehlte Sparpolitik führt zu Stellenkürzungen in Hassels

Düsseldorf sieht sich als Kultur- und Literaturstadt und wirbt mit einem breitgefächerten Angebot in diesen Bereichen. Leider sieht die Realität anders aus. Zuerst wurde der seit 1971 bestehende Bücherbus, ein mobiles Bibliotheks-Angebot für die Stadtteile, abgeschafft – jetzt ist die Kinderbücherei in Hassels dran. Zwei halbe Stellen sollen dort gekürzt werden – so der Plan der Stadtspitze. Dabei ist es gerade besonders wichtig, Stadtkultur zu stärken.

Stadtteile stärken, nicht schwächen

Die Kinderbücherei in Hassels ist seit Jahrzehnten eine wichtige Anlaufstelle in

Hassels und ihr kommt eine besondere Bedeutung für die Kinder und Jugendlichen im Stadtviertel zu. Sie ist tief im Stadtteil verwurzelt. Neben dem Bildungsziel erfüllt sie eine wichtige soziale und integrative Funktion als Kommunikationsort. Auch nimmt die Kinderbücherei eine wesentliche Rolle in der außerschulischen Bildung ein und vermittelt ortsnahe Zugang zur Bildung und Kultur. Mit ihrem niedrigschwelligem Angebot trägt sie entscheidend zur Sprach- und Leseförderung von Kindern und Jugendlichen bei.

Gerade in einem sozialen Brennpunkt ist der kostenlose und niedrigschwellige Zugang zu Literatur wichtig und die ge-

botene Möglichkeit der Bücherausleihe besonders wertvoll.

Bisheriges Angebot kann so nicht garantiert werden

Die geplante Kürzung von bisher drei halben Stellen auf nur noch eine halbe Stelle hat Auswirkungen auf den gesamten Ablauf. Zukünftig soll die Organisation vom Team der städtischen Bibliothek in Garath übernommen werden. So tragen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Garath die Verantwortung für Hassels mit. Vor nicht allzu langer Zeit wurde dort schon eingespart, es erfolgten Stundenkürzungen. Wie das bisherige Angebot aufrechterhalten werden soll, ist äußerst fraglich. Wie die Beschäftigten aus Garath die Mehrarbeit auffangen sollen, ebenfalls. DIE LINKE hat dazu im städtischen Kulturausschuss eine Anfrage eingebracht und wird darüber berichten.

DIE LINKE lehnt die Kürzungen ab

Die positiven Auswirkungen des Lesens sind vielfältig. Lesen fördert unter anderem die kognitive und sprachliche Entwicklung von Kindern und schärft die Wahrnehmungs- und Merkfähigkeit. Kinderbüchereien sollten gefördert und bestehende Angebote erweitert werden. In Düsseldorf sollte kulturelle Bildung und die Förderung von allen Kindern und Jugendlichen nicht dem städtischen Sparwahn geopfert werden.



Hafenalarm bezieht Stellung

Bürgerinitiative fordert Transparenz und Beteiligung

Seit Jahren wehren sich die Bewohner*innen im Düsseldorfer Süden gegen die Erweiterung des Reisholzer Hafens zu einem internationalen Containerhafen. Aus diesem Widerstand bildete sich die Bürgerinitiative (BI) Hafenalarm. Sie sammelte über 4.000 Unterschriften der betroffenen Düsseldorferinnen und Düsseldorfer und übergaben sie dem damals noch amtierenden Oberbürgermeister Elbers.

Gleichwohl zogen Verwaltung der Stadt Düsseldorf, IDR und Neuss-Düsseldorfer Hafengesellschaft die Pläne durch. In einem Mediationsverfahren soll jetzt auf Vorschlag der Stadt der Streit geschlichtet werden. Nach Auffassung der Ratsfraktion DIE LINKE hat dies nur Sinn, wenn dort eine einvernehmliche Regelung im Interesse der betroffenen Bürger*innen herauskommt.

Birgit Götz, Sprecherin für Öffentlichkeit von Hafenalarm nimmt Stellung:

„Die Planungsdezernentin hat für den Komplex D.Port/Reisholzer Hafen ein Mediationsverfahren vorgeschlagen. In diesem Verfahren sollen sich Vertreter von Industrie, Politik, Planungsamt, Bürgerinitiative und Bürger/innen einem „sy-

stematischen Kommunikationsprozess zur Streitschlichtung“ unterziehen. Es ist das erste Mal, dass in Düsseldorf so verfahren werden soll. Dem Mediationsvorschlag der Dezernentin Zuschke haben die Bezirksvertretung 9 und der Planungsausschuss zugestimmt. Mit Schreiben vom 28.11.2018 teilt Frau Zuschke der BI Hafenalarm mit, dass „verwaltungsseitig für diese Sondierungsphase eine als Mediatorin qualifizierte Juristin bzw. ein als Mediator qualifizierter Jurist beauftragt werden“ soll. Aus dem Mediationsgesetz wissen wir aber, dass die Parteien gemeinsam den Mediator bestimmen. Die Bürgerinitiative hat in ihrer Vollversammlung am 17.12. mehrheitlich dafür gestimmt, erst einmal am Mediationsverfahren teilzunehmen und ihre Forderungen auf Stopp der Grundstücksverkäufe an Logistiker im Reisholzer Hafengebiet durch die IDR und ihre Zweifel an der Trimodalität, das heißt das Zusammenwirken von Schiff, Lkw und Bahn, einzubringen.

Einhellige Ansicht ist, dass vorab Transparenz bei der Verkehrskonzeption, Trimodalität und Alternativplanung beim Hafen Reisholz diskutiert sein müssen. Die Trimodalität scheidet aus Sicht der

Bürgerinitiative bei der Rheinschiffahrt am klimabedingten Pegelstand und der Schadstoffemission, bei der umweltfreundlichen Güterbahnanbindung an der RRX-Planung.

Der Lkw-Verkehr bereitet sich zurzeit selbst den Kollaps und vergiftet gerade im Stadtverkehr die Luft. „Die Lkw-Flotte“, sagt der Leiter der Gruppe Stickoxidchemie im Forschungszentrum Jülich, emittiere „gemeinsam mit Bussen und Kleintransportern mehr als 50 % der Stickoxide in deutschen Innenstädten. (...) Bei 25 km/h stößt ein Lkw in der Innenstadt fünfmal mehr Stickoxide aus als im Mittel auf der Autobahn“ (RP 7.11.2018).

Deshalb soll die IDR es unterlassen, ihre Grundstücke Am Trippelsberg und an der Uferstraße für weitere Logistikprojekte anzubieten. Entsprechend hat die BI eine Beschwerde an die BV 9 gerichtet. Die BV, obwohl für nicht zuständig erklärt, stimmte bei einer Enthaltung geschlossen dafür, an die IDR zu appellieren, weitere Logistikansiedlungen zu unterlassen, auch um die Mediation nicht zu gefährden.

OB Geisel hat mittlerweile Vertreter/innen der BI Hafenalarm für den 9.1.2019 in sein Büro eingeladen.“

Zweitklassige Mädchenförderung

Sportstadt Düsseldorf hängt hinterher

Fußball ist eine der beliebtesten Freizeitaktivitäten in Düsseldorf – auch bei Frauen und Mädchen. Das Fußballangebot für Mädchen ist in Düsseldorf aber recht rar, obwohl sich in den letzten Jahren einiges verbessert hat.

Der Fußball professionalisiert sich fort-schreitend und somit auch seine Jugendarbeit. Aus diesem Grund beantragte Fortuna Düsseldorf 2017 1,9 Millionen Euro städtische Zuschüsse für den Bau ihres Nachwuchsleistungszentrums – leider nur für Jungen. Als es im Stadtrat um die Bezuschussung des Nachwuchsleistungszentrums ging, wurden in fast allen Fraktionen Stimmen laut, dass die Fortuna als Bedingung in den Mädchenfußball einsteigen sollte.

TSV Urdenbach, DJK TuSA 06 Düsseldorf und D.C.f.R Linksrh. 1919 sprachen sich jedoch deutlich gegen eine Mädchenmannschaft bei Fortuna aus. Die drei Vereine befürchteten, dass in einem solchen Fall ihre langjährige Jugendarbeit im Mädchenfußball gefährdet sei. Denn oftmals würden talentierte Spielerinnen dann zum bekannten, größeren Verein abwandern. Am Ende einigte man sich darauf, dass die Fortuna mit diesen Vereinen kooperieren, also beispielsweise Spezialtrainings

für Torhüterinnen anbieten sollte. Außerdem sicherte die Stadt ihre Unterstützung den Vereinen zu, um ein Konzept für die leistungsorientierte Förderung und den allgemeinen Ausbau des Mädchenfußballs zu realisieren.

Daraufhin haben die drei Vereine ge-



Nicht nur als Figuren Top
Foto: (CC BY-SA 2.0) flickr/Heinrich-Böll-Stiftung/Röhl

meinsam ein Konzept zur Förderung des Mädchenfußballs in Düsseldorf erarbeitet. Darin erläutern sie, wie die Stadt eine finanzielle Förderung in diesem Bereich zielgerecht vornehmen könnte. Insgesamt sollen in Düsseldorf drei Stützpunkte bei den drei Vereinen eingerichtet werden.

Bisher hat die Stadt ihre versprochene finanzielle Unterstützung der Vereine nicht umgesetzt. Sie möchte, statt eines

dezentralen Angebots für Mädchen, nur einen zentralen Stützpunkt fördern. Auch die Fortuna hat ihre Kooperation nicht in dem erforderlichen Umfang eingelöst.

DIE LINKE unterstützt die Vereine in ihren Bemühungen, den Mädchenfußball flächendeckend und zügig nach vorne

zu bringen. Deswegen beantragte DIE LINKE in der vergangenen Ratssitzung einen städtischen Zuschuss in Höhe von 100.000 Euro. Mit einem Bruchteil der Förderung des Männerfußballs würde sich auch im Mädchenfußball ein nachhaltiges und zukunftssträchtiges Konzept realisieren lassen, welches den Ansprüchen einer Sportstadt wie Düsseldorf gerecht wird. Der Antrag wurde abgelehnt.

Stadtstrand ohne Sand

Privatisierung von öffentlichem Raum?

Viele erinnern sich: Monkey Island. Das war ein Privatgelände im Medienhafen mit Sand aufgeschüttet um den es einen Medienhype gab. Drei Jahre lang konnten die schicken und die nicht so schicken dieser Stadt und darüber hinaus Strandfeeling in

schliessen. Sie vergab im Herbst eine Konzession für drei Standorte entlang des Rheines: Robert-Lehr-Ufer“, Tonhallenufer und die Wiese vor dem KIT - Kunst im Tunnel. Ab März bis Oktober soll es los gehen. „Die meisten Besucher wünschen sich ei-

das letztendlich auch mehrheitlich im Rat verabschiedet wurde, bot der Interessent „Küssdenfrosch“. Mit einem mobilen Konzept soll auf das Wetter flexibel reagiert werden und dementsprechend soll einer oder auch alle drei Orte bespielt werden oder auch gar keiner. Konkret soll das heißen, das u.a. kulturelle events an den Orten stattfinden sollen. Es soll ein niedrigschwelliges Angebot von Speisen und Getränke geben, die bezahlbar sein sollen. Ausdrücklich weist „Küssdenfrosch“ auf der Internetseite hin, dass es keinen Verzehrzwang geben wird und niemand vertrieben werden soll. Insbesondere vor dem KIT wird das dann sicherlich sehr interessant werden. Ein Ort, der bei gutem Wetter gut besucht wird und schon fast zu klein ist.

Das Wetter läßt sich nicht zuverlässig vorhersagen, insofern müssen auch die Angestellten flexibel sein. Ein ziemlicher Stress für diese und ein finanzielles Risiko. Insofern ist insgesamt die Frage, ob sich das ganze Konzept finanziell rentieren wird oder letztendlich doch wieder öffentlicher Raum privatisiert wird.

Aus diesen Gründen und auch der unbeantworteten Frage, ob Düsseldorf gleich drei Stadtstrände braucht, hat DIE LINKE Ratsfraktion der Planung nicht zugestimmt.



Definitiv keine Sandburg am Stadtstrand
Foto: (CCO) pexels/Gerardo Ramones

der Stadt genießen. Vielen war es aber auch einfach egal, da die Preise überbeuert waren und es ab 18 Uhr auch noch Eintritt kostete. Heute steht dort ein Hotel. Was nun schöner oder besser ist, sei dahingestellt.

12 Jahre später möchte die Stadt an dieses „feeling“ eines Stadtstrandes an-

nen Ort der Entspannung - die zusammenfassende Beteiligung formuliert ganz offen neue Lieblingsplätze ohne Ballermann-Atmosphäre zu kreieren, vielleicht Kulturstrand, jedenfalls ein Stadtentspannungs-ort für alle Generationen“, beschreibt Baudezernentin Cornelia Zuschke die Wünsche. Das überzeugendste Konzept,

Gift in der Mülltonne

Kaputte Toaster, Bügeleisen oder Handys, deren Reparatur sich nicht mehr lohnt, werden häufig einfach im Restmüll entsorgt. So landen die in Elektrogeräten enthaltene Schadstoffe wie die giftigen Schwermetalle Blei oder Cadmium statt in der Wertstoffsammlung in der grauen Tonne. 1,4 Kilogramm Elektroaltgeräte wirft jeder Düsseldorferin in den Restmüll – das geht aus einer Anfrage der LINKEN im städtischen Ausschuss für öffentliche Einrichtungen hervor.

Elektroschrott sollte zum Schutz der Umwelt in einer Wertstoffsammlung entsorgt werden. In Düsseldorf gibt es hierfür die Recyclinghöfe in Flingern, Garath und Lohausen sowie einzelne wenige Sammelstellen und das Schadstoffmobil. Die Annahmestellen sind nicht flächendeckend im Stadtgebiet zu finden, zudem haben sie nur eingeschränkte Öffnungszeiten. Das erschwert eine unkomplizierte Nutzung.

Anders gestaltet sich das in Hamburg. Dort reagierte die Stadt auf Analysen, die zeigen, wie viel Elektroschrott im Restmüll landet. Hamburg führte ein flächendeckendes Sammelsystem ein: neben 120 Depotcontainern gibt es noch spezielle dunkelgrüne Container. Die Entsorgung von Elektroschrott wird dadurch so einfach wie die Altglasentsorgung. Die Kommunen sind in der Pflicht, ihrer Verantwortung für den Klima- und Ressourcenschutz nachzukommen. Eine flächendeckende und einfache Wertstoffsammlung sollte auch in Düsseldorf möglich sein.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65 · 40545 Düsseldorf

Redaktion:

Lutz Pfundner, Meikel Friebe, Anastasia Kordela, Michael Driever, Christian Jäger, Ben Klar, Sophie Würdemann

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de
facebook: LinksfraktionDuesseldorf

V.i.S.d.P.:

Angelika Kraft-Dlangamandla

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

30.000

Radschnellverbindung in der Sackgasse

Der Ausbau des Radwegenetzes war eines der großen Versprechen von SPD und Grünen zur Kommunalwahl 2014. Dass es auch nach dem Machtwechsel im Düsseldorfer Rathaus nur im Schneckentempo vorangeht, kritisiert der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC). Nicht nur bei den innerstädtischen Verbindungen hakt es. Die alte Landesregierung plante noch einen „Radschnellweg Rhein“ zwischen den großen Städten entlang der Rheinschiene. Der Bau dieser Radschnellverbindung stagniert seit dem Regierungswechsel in NRW. Dabei wäre sie für Pendler*innen ein Anreiz, auf das Auto zu verzichten. Das würde den Städten helfen, die gesetzlichen Vorgaben zur Luftqualität einzuhalten. Die Stadt Monheim ist aus diesem Grund bereits Ende 2016 aus dem Landesprojekt ausgestiegen und baut seither die Monheimer Teilabschnitte einer Radschnellverbindung eigenständig. DIE LINKE fordert, dass die Stadt Düsseldorf diesem Beispiel folgt und eigenständig mit dem Bau von Teilabschnitten auf Düsseldorfer Stadtgebiet beginnt. Ein Ausbau unter städtischer Leitung würde auch ermöglichen, Vorschläge des ADFC zum Streckenverlauf einzubeziehen. DIE LINKE brachte deshalb in die Haushaltssitzung des Verkehrsausschusses im November 2018 den Antrag ein, dass die Stadt im Haushalt keine Gelder für den versandeten Radwegeplan des Landes bereithält, sondern sie für einen sofortigen, eigenständigen Bau des Radschnellwegs nutzt. Das Vorhaben sollte mit den Nachbarstädten Monheim, Langenfeld und Neuss koordiniert werden. SPD, Grüne und FDP setzen jedoch weiter auf das vernachlässigte Projekt der alten Landesregierung.

Ohne Eintritt ins Museum Endlich auch in Düsseldorf

Im Düsseldorfer Kulturausschuss wurde beschlossen, dass ab diesem Jahr sonntags fast alle städtische Kultureinrichtungen und Museen eintrittsfrei besucht werden können. DIE LINKE begrüßt, dass das Ampelbündnis aus SPD, Grünen und

Die Forderung gibt es schon lange

DIE LINKE Ratsfraktion thematisierte die Einführung eines wöchentlich eintrittsfreien Tages mehrfach im städtischen Kulturausschuss. Nach mehreren Anläufen wurde im Januar 2017 auf Antrag der

hieß es, dass nach verwaltungsinterner Abstimmung eine entsprechende Ratsvorlage im Rahmen der Haushaltsberatungen im Dezember 2017 vorgelegt wird. Dies ist allerdings nicht geschehen. DIE LINKE Ratsfraktion ließ nicht locker und brachte das Thema erneut in den Kulturausschuss. Daraufhin gab die Verwaltung an, dass die Umsetzung eines solchen Tages der Stadt rund 30.000 Euro weniger Eintrittsgelder einbringen würde. Diese Kosten könnten allerdings aus den vorhandenen Mitteln des Kulturretats gedeckt werden.

Der eintrittsfreie Tag kommt

Daraufhin beantragte das Ampelbündnis in der Haushaltssitzung des Kulturausschusses Ende 2018, die Einführung eines wöchentlichen eintrittsfreien Sonntages. Der Antrag wurde vom Kulturausschuss angenommen. Ein wöchentlicher eintrittsfreier Tag gehört in anderen Städten seit langem zur gängigen Praxis. Die Einführung ist ein wichtiger Schritt in Richtung kultureller Teilhabe für alle Einwohnerinnen und Einwohner. So scheitert der Museumsbesuch – immerhin nicht an einem Tag in der Woche – an den finanziellen Möglichkeiten.



FDP die Forderung nach einem wöchentlichen eintrittsfreien Tag endlich umsetzt. Denn die Einführung eines wöchentlichen eintrittsfreien Tages ist eine notwendige Maßnahme, um den Anspruch auf kulturelle Teilhabe für die Einwohnerinnen und Einwohner zu verwirklichen.

LINKEN die Prüfung eines eintrittsfreien Tages vom Kulturausschuss beschlossen. So gelang es, das Thema auf die politische Agenda zu setzen. Im Juni 2017 antwortete die Verwaltung auf eine Anfrage der LINKEN, dass die Prüfung abgeschlossen sei. Weiterhin

Gedenken an den 27.07.2000 Mahn- und Gedenktafel soll am Bahnhof Wehrhahn errichtet werden

Am Nachmittag des 27. Juli 2000 detonierte eine selbstgebaute, per Fernzünder ausgelöste Rohrbombe am S-Bahnhof Wehrhahn. Sie war gezielt gegen russisch-sprachige Sprachschülerinnen und Sprachschüler gerichtet, die in der Nähe einen Deutsch-Sprachkurs besuchten. Diese kamen vor allem aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Mehrere von ihnen waren jüdischen Glaubens und wollten hier in Deutschland eine neue Heimat

finden. Zwölf von ihnen wurden teilweise schwer verletzt. 18 Jahre später fand ein Prozess gegen einen schon im Jahre 2000 Verdächtigen statt. Aufgrund der Mängel in den Ermittlungen konnte er nicht verurteilt werden. Den Prozess nahmen die Bezirksvertretungen 1 und 2 zum Anlass die Aufstellung einer Mahn- und Gedenktafel am Bahnhof Wehrhahn zu beschließen. DIE LINKE Ratsfraktion hat beantragt, dass der Rat

der Stadt die Initiative der Bezirksvertretungen unterstützen soll. Damit sollte die gesamte politische Vertretung der Stadt sich positionieren gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Das Gedenken an das Verbrechen soll nicht nur den Bezirksvertretungen überlassen bleiben. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Nur die CDU hat sich enthalten. Sie war der Meinung, dass die Initiative der Bezirksvertretungen ausreichend sei.

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den letzten Jahren ebenso erleben

wie die Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf. Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE Düsseldorf genügt. Fraktion DIE LINKE Düsseldorf Luegallee 65 40545 Düsseldorf info@linksfraktion-duesseldorf.de oder heruntergeladen unter: linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick

